

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. März 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	43, 44	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	12, 13
Blank, Renate (CDU/CSU)	7, 8	Schemken, Heinz (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Fink, Heinrich (PDS)	2, 28	Dr.-Ing. Schmidt, Joachim (Halsbrücke)	10, 11 (CDU/CSU)
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	3, 4	Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	36, 42
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	26, 27	Siemann, Werner (CDU/CSU)	25, 45
Irmer, Ulrich (F.D.P.)	14, 15	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	34, 41
Klinkert, Ulrich (CDU/CSU)	32, 33	Strobl, Thomas (Heilbronn) (CDU/CSU) . . .	29, 40
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	18, 19	Tauss, Jörg (SPD)	5, 6
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	37	Dr. Thomae, Dieter (F.D.P.)	46, 47
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.)	16, 17	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	24, 35
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	30, 31	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	48, 49
Niebel, Dirk (F.D.P.)	1	Zierer, Benno (CDU/CSU)	9, 50
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	20, 21		
Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	22, 23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)

Inwieweit hat die Bundesregierung vorgesehen, im Fall des Ausstiegs aus der Kernenergie bei abgeschalteten Atomanlagen die Entwicklung von Technologien zu deren Rückbau, Entsorgung und Endlagerung zu fördern und gegebenenfalls in welchem Umfang?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter
**Dr. Heinrich
Fink**
(PDS)

Trifft es zu, dass (wie Pressemitteilungen zu entnehmen war) die Zuwendungen des Bundes an die Stiftung für das sorbische Volk bis 2003 von 16 Mio. DM auf 14 Mio. DM reduziert werden sollen, und wenn ja, welche konzeptionellen Vorstellungen hat die Bundesregierung, um die Weiterführung der Arbeit der Stiftung im künstlerischen und kulturellen Bereich gemeinsam mit den Ländern zu sichern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

3. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Sicherheit des Bahnverkehrs durch eine zu geringe Zahl von Lokomotivführern erheblich gefährdet ist, und sieht sie Handlungsbedarf, um beispielsweise durch entsprechende Vorschriften eine Gefährdung der Sicherheit des Bahnverkehrs durch eine zu geringe Zahl von Lokomotivführern auszuschließen?
4. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung z. B. über ihren Vertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG Kenntnis über eine „Streichliste“, in der ein Abbau von knapp 65 000 Arbeitsplätzen bei dem Unternehmen bis zum Jahr 2004 vorgesehen sein soll (Frankfurter Rundschau vom 23. Februar 2000), und hat die Bundesregierung Gespräche oder Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG geführt, die diesen Tatbestand beinhaltet haben?

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordneter
Jörg
Tauss
(SPD) | Trifft es zu, dass kürzlich ein Vergabestopp für alle Bundesstraßen-Bauvorhaben verhängt wurde, und wenn ja, wird hierdurch der Anschluss zwischen Walldorf und Karlsruhe (A 5 und B 35) verzögert? |
| 6. Abgeordneter
Jörg
Tauss
(SPD) | Wer ist ggf. für den Vergabestopp verantwortlich? |
| 7. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung als Konsequenz aus den tödlichen Steinwürfen von einer Schnellstraßen-Brücke auf Autofahrer in Darmstadt zur raschen und verbesserten Sicherung von Brücken über Autobahnen und Bundesfernstraßen? |
| 8. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, zum Schutz der Autofahrer vor Steinwürfen die Schnellstraßen-Brücken generell einzuhausen, da die z. T. vorhandenen Schutzwände offensichtlich nicht ausreichend sind? |
| 9. Abgeordneter
Benno
Zierer
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Bonn-Berlin-Pendler, die etwa ab Juli/August 2000 von der im Land Berlin geltenden Zweitwohnungssteuer betroffen sein werden, und wird die Bundesregierung Gespräche mit dem Berliner Senat mit dem Ziel führen, die genannten Pendler von der Zahlungspflicht freizustellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Dr.-Ing. Joachim
Schmidt
(Halsbrücke)
(CDU/CSU) | Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung Eigenleistungen der Regionen im Rahmen der InnoRegio-Vorhaben bei, und was versteht sie unter Eigenleistung? |
|---|--|

- | | |
|--|---|
| 11. Abgeordneter
Dr.-Ing. Joachim Schmidt
(Halsbrücke)
(CDU/CSU) | Welche gesellschaftsrechtlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Konzipierung virtueller Unternehmen im Rahmen der InnoRegio-Vorhaben? |
| 12. Abgeordneter
Norbert Röttgen
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr, dass aufgrund der Art und Weise der von der Bundesregierung betriebenen Fusion der Fraunhofer-Gesellschaft und der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) qualifizierte Wissenschaftler abwandern, und wie beabsichtigt die Bundesregierung dieser Gefahr entgegenzuwirken? |
| 13. Abgeordneter
Norbert Röttgen
(CDU/CSU) | Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die IuK-Institute (IuK: Information und Kommunikation) der Fraunhofer-Gesellschaft entgegen dem Beschluss des Hauptausschusses des Wissenschaftlich-Technischen Rates der Fraunhofer-Gesellschaft zu einer mit der GMD konsensfähigen Position zurückkehren, wie sie in der Presseerklärung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, vom 29. September 1999 festgehalten ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- | | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter
Ulrich Irmer
(F.D.P.) | In welcher Weise lässt sich die von der Bundesregierung beabsichtigte Aufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Kuba in Einklang mit den von ihr für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik geforderten Prinzipien der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie bringen? |
| 15. Abgeordneter
Ulrich Irmer
(F.D.P.) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aufkündigung des so genannten „konstruktiven Engagements“ der kanadischen Regierung mit Kuba und der Einstellung der kubanisch-kanadischen Entwicklungszusammenarbeit wegen fortgesetzter Missachtung der Menschenrechte? |

16. Abgeordnete
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(F.D.P.)
- Welche konkreten Projekte beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Kuba durchzuführen, und in welcher Beziehung stehen diese Projekte zu der von der Bundesregierung erklärten Intention, demokratische Strukturen auf Kuba fördern zu wollen?
17. Abgeordnete
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(F.D.P.)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme entwicklungspolitischer Beziehungen zu Kuba der Tatsache bei, dass es trotz jahrelanger Bemühungen nicht gelungen ist, einen deutsch-kubanischen Kulturvertrag abzuschließen, weil sich die kubanische Regierung nicht in der Lage sieht, den international üblichen Status für entsandte Kräfte von Trägerorganisationen anzuerkennen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie viele Programmlehrkräfte entsendet die Bundesregierung für das Schuljahr 2000/2001 im Vergleich zu den Vorjahren in die jeweiligen Staaten Mittel- und Osteuropas und in die jeweiligen GUS-Staaten, und wie will die Bundesregierung angesichts der reduzierten Mittel für das Auslandsschulwesen die Förderung der deutschen Sprache in diesen Staaten auf dem bisherigen Niveau sichern?
19. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Absichtserklärungen des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 sind umgesetzt worden oder im Begriff, umgesetzt zu werden, und beabsichtigt die Bundesregierung ggf. mit Änderungen eine Verlängerung des Vertrages nach Ablauf der zehnjährigen Dauer?
20. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung in der im Weißbuch der Volksrepublik China über Taiwan enthaltenen Gewaltandrohung gegenüber Taiwan eine Erhöhung der Spannung in dieser Region?

- | | |
|---|--|
| 21. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung diese neue Situation im Hinblick auf den Frieden und die Prosperität in dieser Region? |
| 22. Abgeordneter
Ruprecht Polenz
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, dass der von Deutschland gelieferte Kampfpanzer Leopard I niemals in Kampfhandlungen gegen die PKK oder in Akte der inneren Repression gegen kurdische Zivilisten in Ostanatolien aktiv verwickelt war, wie dies von der deutschen Rüstungsindustrie dargelegt wird?*) |
| 23. Abgeordneter
Ruprecht Polenz
(CDU/CSU) | Wann ist der abgesagte Besuchstermin des Bundeskanzlers in die Türkei vereinbart worden, und ist es nicht zutreffend, dass die eigentliche Begründung für die Absage im Zusammenhang mit der Diskussion um die Lieferung des Kampfpanzers Leopard II an die Türkei zu sehen ist?*) |
| 24. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) | Welche Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sind in diesem Jahr dem Auswärtigen Amt bekannt geworden, und welche Besserungen der Menschenrechtssituation hat die türkische Regierung in Aussicht gestellt?*) |
| 25. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung im Nachhinein die von ihr gewählte Strategie, den Überschwemmungsopfern in Mosambik erst nur finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen und erst später personelle und technische Hilfe in das Katastrophengebiet zu entsenden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung konkret in Bezug auf Krisenfrüherkennung, Koordination und schnelle Reaktionsfähigkeit aus der dramatischen Entwicklung in Mosambik für künftige Katastrophenhilfen national und auf europäischer Ebene? |
| 26. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU) | Worauf gründet sich die Annahme der Bundesregierung, die von der Conference on Jewish material Claims against Germany genannte Anzahl von 135 000 heute noch lebender jüdischer Sklavenarbeiter sei „im Wesentlichen zutreffend“ (Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, auf die schriftliche Frage 3 des Abgeord- |

*) siehe hierzu auch Fragen 34, 35, 36, 41, 42

neten Hartmut Koschyk in Drucksache 14/2816), wenn die historische Forschung (Yad Vashem: Encyclopedia of the Holocaust, Displaced Persons) davon ausgeht, dass am 8. Mai 1945 lediglich 200 000 Juden die Zwangsarbeits-, Konzentrations-, Vernichtungslager und Todesmärsche im nationalsozialistischen Herrschafts- und Einflussbereich überlebt hatten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf ein Verfahren hinzuwirken, in dem die Conference on Jewish material Claims against Germany die Personen gegenüber der Bundesregierung namentlich benennt, die Leistungen aus Steuer- bzw. Stiftungsmitteln erhalten sollen, um sicherzustellen, dass eine schnelle und direkte Hilfe an tatsächliche Opfer nachweislich erfolgt?
28. Abgeordneter
Dr. Heinrich Fink
(PDS)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der Kontroversen um die Rückgabe von beweglichem Kulturgut an die adeligen Häuser in den neuen Bundesländern Handlungsbedarf, und wie steht sie zu einer entsprechenden Änderung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes (EALG), mit dem Ziel, dem bereits einsetzenden Schwund von Kulturgütern aus dem öffentlichen Raum zu begegnen und diese dauerhaft für die Öffentlichkeit zu sichern?
29. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung – vor dem Hintergrund der Übernahme der Mannesmann AG durch Vodafone Airtouch – die Forderung der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) nach Schaffung eines nationalen „Übernahmegesetzes“, in dem die Verpflichtung von Bieter und Übernahmekandidat zur Abschätzung der Beschäftigungsfolgen festgelegt sein soll?
30. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Inwieweit trägt die Steuerfreiheit von Gewinnen, die Kapitalgesellschaften auf Grund des Unternehmenssteuersenkungsgesetzes erzielen, zum Konzentrationsprozess im Banken- und Versicherungswesen bei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Inwieweit steht die massive Konzentration bei den Banken- und Versicherungskonzernen durch die Megafusion der Deutschen Bank AG und der Dresdner Bank AG mit dem deutschen Kartellrecht in Einklang und inwieweit wird nach Einschätzung der Bundesregierung die EU-Kommission die Fusion untersuchen?
32. Abgeordneter
Ulrich Klinkert
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Informationen über die Höhe der Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) von Seiten der Versorgungsunternehmen, der Industrie und der weiteren Betreiber außerhalb des produzierenden Gewerbes?
33. Abgeordneter
Ulrich Klinkert
(CDU/CSU)
- Welche Mittel stellt die Bundesregierung zur Erhaltung und Förderung der KWK-Anlagen zur Verfügung?
34. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Stimmen nach Ansicht der Bundesregierung Prognosen, dass bei einer Ablehnung des Exports von Panzern des Typs Leopard II in die Türkei allein rund 6 000 Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren verloren gingen, und würde sich eine Nichtbelieferung der Türkei bei einer türkischen Bestellung auch auf Verkäufe in andere Länder, beispielsweise nach Griechenland, auswirken?*)
35. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Schließen die von der Bundesregierung jetzt verabschiedeten Exportrichtlinien, in denen der Export von Rüstungsgütern in Nicht-NATO-Länder grundsätzlich nicht vorgesehen ist, eine Exportgenehmigung in ein Land, das der NATO nicht angehört, aber eine demokratisch legitimierte Regierung hat, wie Chile oder Österreich, aus?*)

*) siehe hierzu auch Fragen 22, 23, 24, 41, 42

36. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Tagt der Bundessicherheitsrat öffentlich oder geheim und was war der Grund dafür, das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der beteiligten Ressorts bei der Frage einer Lieferung des Testpanzers Leopard II A6 in den Medien darzustellen?*)
37. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Ebenen und Institutionen – Länder, Forschungseinrichtungen, Universitäten etc. – sind zur Antragstellung bzw. für die Verteilung von Mitteln im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ berechtigt bzw. zuständig, aufgeschlüsselt nach den Einzelmaßnahmen des Aktionsprogramms?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

38. Abgeordneter
Heinz Schemken
(CDU/CSU)
- Warum überweisen die Rentenversicherungsträger die Renten an die Versicherten über die Postbank?
39. Abgeordneter
Heinz Schemken
(CDU/CSU)
- Sehen die Rentenversicherungsträger durch eine unmittelbare Überweisung der Renten auf das jeweilige Konto des einzelnen Versicherten die Möglichkeit von Zinseinsparungen und damit einer Reduzierung der Verwaltungsausgaben?
40. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe rechnet die Bundesregierung mit Mehrausgaben für die Arbeitslosenversicherung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 809/95) zum Arbeitslosengeldanspruch von Grenzgängern?

*) siehe hierzu auch Fragen 22, 23, 24, 41, 42

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, vor allem auch aufgrund der Haushaltskürzung im Bundesministerium der Verteidigung von 18,3 Mrd. DM bis 2003, die Feststellungen des Arbeitskreises der Betriebsräte der Deutschen Wehrtechnischen Industrie, dass von einem weiteren Personalabbau von 10 000 Stellen bis 2003 ausgegangen werden müsse, nachdem die Zahl der dort Beschäftigten bereits im Zeitraum von 1990 bis 1999 von 280 000 auf 100 000 geschrumpft ist?*)
42. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Sind Pressemeldungen (Wirtschaftswoche Nr. 7 vom 10. Februar 2000, Seite 9) zutreffend, wonach der Testpanzer vom Typ Leopard II, der vor einigen Wochen in die Türkei geliefert wurde, in Wirklichkeit nicht von der Herstellerfirma stammt, sondern von der Bundeswehr aus eigenen Beständen geliefert und von der Herstellerfirma nur aufgerüstet wurde, und wenn ja, musste die Türkei dies nicht als zusätzliches Signal auffassen, dass die deutsche Bundesregierung für den Fall eines Zuschlags dem Gesamtgeschäft keine Steine in den Weg legen würde?*)
43. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Welche Kosten kämen auf die Bundeswehr für den Fall zu, dass die Angehörigen der Bundeswehr in Ost und West in gleicher Weise entlohnt würden?
44. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- In welchem Zeitraum beabsichtigt die Bundesregierung eine Angleichung vorzunehmen?
45. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Nutzung von gecharterten Schiffen, die unter Flaggen offener Register fahren, durch die Bundeswehr für Seetransporte im Hinblick auf die Einhaltung sozialer Standards und Sicherheitsstandards durch die Reedereien, und welche Gewichtung wird der Einhaltung dieser Standards bei der Auftragsvergabe eingeräumt?

*) siehe hierzu auch Fragen 22, 23, 24, 34, 35, 36

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

46. Abgeordneter
Dr. Dieter Thomae
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Anwendung der Elektroschocktherapie bei psychisch Kranken eine geeignete Heilmethode sein kann und dass bei Personen, die nicht über das notwendige Einschätzungsvermögen verfügen, diese Elektroschocktherapie auch zwangsweise zur Anwendung kommen kann?
47. Abgeordneter
Dr. Dieter Thomae
(F.D.P.)
- Welche Schutzmaßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um psychisch Kranke vor eventuellen Schäden durch die Elektroschocktherapie zu schützen?
48. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der von der Bundesministerin für Gesundheit, Andrea Fischer, am 22. Februar 2000 vor dem Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller getroffenen Aussage zu, dass beitragsfrei mitversicherte Ehefrauen künftig zusätzlich zu den Beiträgen des Ehemannes einen eigenen Beitrag für ihre gesetzlichen Krankenversicherungen zahlen sollten, es sei denn, sie erziehen zu Hause Kinder oder versorgen pflegebedürftige Familienangehörige?
49. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU)
- Wie viele der heute beitragsfrei versicherten Frauen wären von einer solchen Neuregelung in welcher finanziellen Höhe betroffen?
50. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass an folgender Rechtslage festzuhalten ist, nach der die zuständige Krankenkasse der Witwe eines Bundeswehrsoldaten, der von 1982 bis 1990 als Soldat auf Zeit diente, das Sterbegeld verweigern darf, da der Verstorbene am 1. Januar 1989 nicht gesetzlich versichert war (§ 58 Abs. 1 Fünftes Buch des Sozialgesetzbuches), obwohl der Soldat zum genannten Zeitpunkt Anspruch auf freie Heilfürsorge und damit gar keine Chance hatte, die gesetzlichen Voraussetzungen für ein späteres Sterbegeld zu erfüllen, und sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ggf. Bedarf zu einer Änderung der derzeitigen Gesetzeslage?